




Bettina Hagedorn


Mitglied des Deutschen Bundestages
Parlamentarische Staatssekretärin im
Bundesministerium der Finanzen

Bettina Hagedorn, MdB · Platz der Republik 1 · 11011 Berlin

**Platz der Republik 1
11011 Berlin**

**Paul-Löbe-Haus
Raum 7.633**

 (030) 227 – 73 832

 (030) 227 – 76 920

 bettina.hagedorn@bundestag.de




Berlin, 07.06.2019
JJ

Stellungnahme zum Migrationspaket

Zu dem „Geordnete-Rückkehr-Gesetz“ haben mich und alle anderen SPD-Bundestagsabgeordneten nicht nur hunderte Mails über Change.org (eine Datenkrake, die 2016 den „Big Brother Award“ – der Negativpreis vom Verein „Digitalcourage“ – für die Nutzung personenbezogener Daten der Nutzer in vielfältiger und nicht transparenter Art und Weise für eigene Geschäftszwecke erhalten hat!), sondern auch der Offene Brief vieler Parteigliederungen mit fast demselben Inhalt erreicht. Ich kann die Bedenken gut nachvollziehen und es ist auch ist kein Geheimnis, dass viele in der SPD-Bundestagsfraktion ebenfalls „Bauchschmerzen“ mit diesem Gesetz haben. Aber: viele der Bedenken entbehren auch einer realen Grundlage: es wird keine prekäre „Duldung light“ neu eingeführt, ehrenamtliche Helferinnen und Helfer werden nicht kriminalisiert, die Leistungskürzungen greifen nur in sehr speziellen Fällen und sind deshalb verfassungskonform und die Regelungen zur Abschiebehaft bilden einen rechtlichen Rahmen, den die (zuständigen!) Länder ausschöpfen können, aber keinesfalls müssen. Damit diese Fragen und Antworten im Detail nachvollziehen werden können, füge ich in der Anlage einen „Faktencheck“ unserer Innen- und Rechtspolitiker mit sowie die Antwort von Eva Högl und Burkhard Lischka an die Absender des „Offenen Briefes“.

Andererseits stimmen wir am Freitag über das „Migrationspaket“ insgesamt ab – das sind sieben Einzelgesetze, die allesamt im Koalitionsvertrag verankert sind und zwar zum großen Teil auf Initiative der SPD: weil diese Gesetze die Situation vieler, die zu

Wahlkreis, Lübecker Straße 6, 23701 Eutin

 (04521) 7 16 11  (04521) 7 83 86  bettina.hagedorn@wk.bundestag.de

uns geflohen sind und die eine Duldung haben, verbessern werden. Die Hürden für den Zugang zu Sprach- und Integrationskursen werden z.B. massiv abgebaut und die 3+2-Regelung für die Ausbildung wird ausgeweitet. Stichwort: „Ausländerbeschäftigungsförderungsgesetz“. Und wir Sozialdemokraten setzen endlich das „Fachkräfteeinwanderungsgesetz“ durch, für das wir 20 Jahre gestritten haben. Wir Sozialdemokraten haben uns dafür eingesetzt, dass diese Gesetze ein „Paket“ werden, das nun entweder ganz oder gar nicht kommt. Es ist also wichtig zu verstehen, dass das sogenannte „Geordnete-Rückkehr-Gesetz“ Teil eines großen Gesetzespaketes ist, in das wir eine glasklare sozialdemokratische Handschrift für die künftige Asyl- und Migrationspolitik reinverhandelt haben. Darauf können wir durchaus stolz sein. Wenn also das Paket im Bundestag (an uns) scheitern würde, wäre die CDU/CSU durchaus glücklich ... aber WIR hätten dann für viele Menschen, die zu uns kommen, nicht die Verbesserungen gesetzlich verankert, für die wir uns so eingesetzt haben. Ich wüsste nicht, wie ich das diesen Menschen erklären sollte.

Und damit habe ich schon erklärt, warum ich diesem „Migrationspaket“ mit allen darin enthaltenen Gesetzen – also auch mit dem „Geordnete-Rückkehr-Gesetz“ - am heutigen Freitag, den 07. Juni 2019, zugestimmt habe. Es ist nun einmal so, dass man in einer Koalition (in JEDER Koalition!) die eigenen Projekte nur mit Mehrheit beschließen kann, wenn man auch die Projekte des Koalitionspartners mit beschließt.

Mit dem „Fachkräfteeinwanderungsgesetz“ machen wir den Weg endlich frei dafür, dass nicht nur Akademiker, sondern auch Personen mit beruflicher Qualifikation legal, regelbasiert und frei nach Deutschland kommen können, um sich hier Arbeit zu suchen – und das nicht mehr nur in sogenannten „Engpassberufen“, sondern direkt in dem Beruf, für welchen sich die jeweilige Person qualifiziert hat. Aus meiner Sicht senden wir mit diesem Gesetz zwei Kernbotschaften aus: Erstens, wir brauchen und wollen mehr Einwanderung und schaffen eine solide rechtliche Grundlage dafür und zweitens, Deutschland ist und bleibt ein Einwanderungsland.

In dem offenen Brief von 22 Verbänden wird insbesondere das „Geordnete-Rückkehr-Gesetz“ von CSU-Innenminister Horst Seehofer kritisiert. Wir machen keinen Hehl daraus, dass dieses Gesetz natürlich kein „SPD-Wunschgesetz“ ist, es ist jedoch Teil des Koalitionsvertrages zwischen CDU/CSU und SPD und auch ich werde dem Gesetz als

Teil des Migrationspaketes zustimmen. Im Folgenden greife ich die drei hervorgehobenen Themenbereiche aus der Kritik auf.

Zunächst möchte ich auf den Hauptkritikpunkt eingehen und klarstellen: Eine „Duldung light“, wie sie im ursprünglichen Seehofer-Entwurf vorgesehen war, wird es nicht geben. Das hat die SPD verhindert! Im Gegensatz zu den Ausführungen im offenen Brief ist es absolut nicht so, dass z.B. Afghanen, die aus welchen Gründen auch immer keine Tazkira beschaffen können, in die Gruppe der „Personen mit ungeklärter Identität“ fallen. Lediglich Ausreisepflichtige, die aktiv durch eigene Täuschung über ihre Identität oder Staatsangehörigkeit, durch eigene falsche Angaben oder erst gar nicht bereit sind, zumutbare Handlungen zur Erfüllung der Passbeschaffung zu erledigen, erhalten diesen Status. Ganz konkret: Wenn alle zumutbaren Maßnahmen zur Beschaffung eines Passes umgesetzt wurden, OHNE dass ein Papier erlangt werden konnte, treten die genannten Folgen nicht ein und die Person erhält die „normale“ Duldung nach §60a Abs 2 AufenthaltG OHNE den Zusatz „mit ungeklärter Identität“. Es ist richtig, dass Ausreisepflichtige, die eine „Duldung für Personen mit ungeklärter Identität“ haben, nach dem Willen des neuen Gesetzes ein Beschäftigungsverbot und eine Wohnsitzauflage unterliegen sollen, es handelt sich hierbei jedoch keineswegs um neue Sanktionen. Bereits heute sind Geduldete von Bleiberechtsregelungen ausgeschlossen, wenn sie über ihre Identität täuschen, falsche Angaben machen oder die besagten „zumutbaren“ Anforderungen zur Beseitigung von Ausreisehindernissen nicht erbringen.

Weiterhin spricht der Offene Brief die Ausbildungs- und Beschäftigungsduldung an. Auch hier möchte ich auf die wesentlichen Verbesserungen aufmerksam machen, die die SPD im parlamentarischen Verfahren erzielt hat. OHNE die SPD wäre dieses Gesetz weitaus unsozialer ausgefallen, oder glaub jemand, dass FDP und GRÜNE der CDU/CSU entsprechendes Paroli hätte bieten können? Ganz konkret hat die SPD erreicht, dass die Vorduldungszeit bei der Ausbildungsduldung von sechs auf drei Monate abgesenkt wird. Zum anderen wird die Geltungsdauer der Beschäftigungsduldung bis zum 31. Dezember 2023 verlängert – Seehofer wollte eine Befristung bis zum 01. Juli 2022. Durch diese Verbesserungen werden sowohl von der Ausbildungs- als auch von der Beschäftigungsduldung deutlich mehr Menschen profitieren können.

Als den dritten zentralen Kritikpunkt wird die Kriminalisierung ehrenamtlicher Helfer angeführt. Diese Kritik könnte ich gut nachvollziehen, wenn sie zutreffend wäre. Aber anscheinend bezieht sich diese Unterstellung noch auf den ursprünglichen CSU-Gesetzentwurf, in dem tatsächlich geregelt werden sollte, dass Flüchtlingshelfer, Anwälte, Journalisten etc. kriminalisiert würden. Bei Beeinträchtigung der Vollziehung einer bestehenden Ausreisepflicht durch die Information über z.B. geplante Maßnahmen zur Identitätsfeststellung oder auch die Veröffentlichung von geplanten Zeitpunkten einer bevorstehenden Abschiebung war durch Seehofer eine Freiheitsstrafe von bis zu drei Jahren oder eine Geldstrafe angedacht. Das ist aber aus dem „Geordnete-Rückkehr-Gesetz“ auf Druck der SPD ersatzlos gestrichen worden. Helferkreise machen sich nun nicht mehr strafbar.

Ich möchte ausdrücklich betonen, dass wir den Entwurf von Horst Seehofer nicht nur abgeändert haben, sondern mit dem Migrationspaket die Rechtslage auch deutlich verbessern. Im Ausländerbeschäftigungsbeförderungsgesetz haben wir geregelt, dass den Schutzbedürftigen nicht nur Schutz gegeben wird, sondern der Zugang zu Sprach- und Integrationskursen und zum Arbeitsmarkt in Zukunft deutlich umfassender und frühzeitiger erfolgen kann. Künftig können alle Geflüchteten nach neun Monaten Aufenthalt in Deutschland an einem Integrationskurs oder berufsbezogenen Sprachkurs teilnehmen, wenn sie arbeitssuchend gemeldet sind. Das ist bisher nur Asylbewerbern mit guter Bleibeperspektive vorbehalten, weshalb gerade Afghanen z.B. regelmäßig keinen Zugang erhalten. Für Geduldete - bisher so gut wie ohne Chance auf einen Deutschkurs - werden jetzt nach sechs Monaten in der Duldung die berufsbezogenen Deutschkurse geöffnet. Sie können Deutsch lernen, arbeiten gehen oder eine Ausbildung beginnen und somit deutlich schneller Teil der Gesellschaft werden. Nicht nur das, auch wird der Zugang zur Förderung von Vorbereitungsmaßnahmen zur Berufsausbildung und auch der Berufsausbildung zu einem Großteil unabhängig von aufenthaltsrechtlichen Vorgaben geregelt und damit für Ausländer deutlich geöffnet. Ich finde, dass das ein gewaltiger Fortschritt ist, für den wir hart kämpfen mussten. Wie bisher auch bleibt als Voraussetzung, dass die Menschen hier arbeiten dürfen.

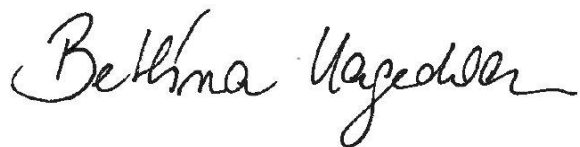
Das „Geordnete-Rückkehr-Gesetz“ sehe ich als eines unter sieben Gesetzen im Migrationspaket. Unter Berücksichtigung all der von mir in diesem Schreiben erläuterten Verbesserungen, die die SPD in den parlamentarischen Beratungen erzielen konnte

und der Fakt, dass wir im „selben Atemzug“ ein wirklich sozialdemokratisches Fachkräfteeinwanderungsgesetz beschließen, kann ich dem „Geordnete-Rückkehr-Gesetz“ zustimmen. Ohne die guten Verhandlungserfolge der SPD hätte nach meiner Einschätzung die SPD-Bundestagsfraktion dem Rückkehrgesetz NICHT zustimmen können, weil der Ursprungsentwurf in der Tat inhuman und menschenunwürdig war.

Auch wenn momentan der Fokus medial auf dem Seehofer-Gesetz liegt, ist das Gesamtpaket ein Gewinn für die SPD! Das „Zähneknirschen“ unter den Unions-Abgeordneten über die weitreichenden Änderungen, die die SPD im Geordnete-Rückkehr-Gesetz erzielen konnte, ist in Berlin nicht zu überhören!

Wir kommen hier einen gewaltigen Schritt vorwärts und helfen insbesondere denen, die in Deutschland leben und arbeiten wollen. Ich hoffe, Sie können meine Beweggründe nachvollziehen.

Mit freundlichen Grüßen,

A handwritten signature in black ink, reading "Bettina Ugedoor". The signature is written in a cursive, flowing style.